

„Wir dürfen ja nicht vergessen, dass es sich weitestgehend um einen Guerillakrieg handelt.“



**Interview mit Thomas Ruttig, Kodirektor und Senior Analyst des unabhängigen Thinktanks „Afghanistan Analysts Network“**

*Kompass: Seit drei Jahren ist die Parlamentswahl in Afghanistan überfällig. Nun soll die Abstimmung am 20. Oktober stattfinden. Sie soll, so die afghanische Wahlkommission, zusammen mit Distrikt- und Provinzratswahlen abgehalten werden. Was kann, was darf, was soll und letztendlich, was muss von diesen Wahlen und den dann vorliegenden Ergebnissen erwartet werden? Wird es Afghanistan weiterhelfen?*

**Thomas Ruttig:** Erwarten sollte man, dass diese Wahlen Afghanistan zumindest funktionierenden staatlichen Institutionen näher bringen und zur politischen Stabilisierung beitragen. Leider deuten fast alle Anzeichen auf das Gegenteil. Die Wahlen finden in einem Krieg statt, der immer intensiver wird. Die Zahlen der Kampfhandlungen und Anschläge, der vom Konflikt Vertriebenen und der Verluste bei den afghanischen Sicherheitskräften sowie der Anteil des Landesterritoriums, das von den Taliban vollständig oder überwiegend kontrolliert wird, steigen seit Jahren kontinuierlich an und befinden sich auf Rekordniveau, von 2001 an gerechnet. Eine der sehr wenigen Ausnahmen, ebenfalls nach vielen Rekordjahren, ist die Zahl der zivilen Kriegsoffer. Sie sank von 2016 auf 2017 um neun Prozent. Ob der Trend anhält, ist aber fraglich: Sowohl US-Truppen als auch Taliban haben im laufenden Jahr ihre Operationen ausgeweitet. Mehrere Provinzhauptstädte sind von den Taliban umzingelt, und die afghanische Regierung hält über die Hälfte der afghanischen Distrikte für „gefährdet“.

Schon das schränkt den Zugang für die Wahlvorbereitung sowie die Mitwirkungs-Chance für die Wähler ein. Zudem könnte Schneefall in den afghanischen Bergen, Ende Oktober nicht

ungewöhnlich, selbst viele Menschen in relativ sicheren Gebieten ausschließen.

Aber die Wahlen sind auch schlecht vorbereitet. Von der Regierung versprochene Wahlreformen wurden nicht umgesetzt. Diese Wahlen sind ja schon drei Jahre überfällig. Eine verlässliche Wählerliste ist erst im Aufbau und wird zum Wahltermin nicht vorliegen. Die sogenannte Unabhängige Wahlkommission wird vom Präsidenten ernannt und hat sich regelmäßiger politischer Einmischung zu erwehren. Leider gelten ihre sieben Mitglieder aber auch als wenig kompetent. Es gibt keine Instanz, die Streit schlichten kann und gleichzeitig von allen Seiten anerkannt wird.

Im Ergebnis ist – wie schon bei der von massiven Fälschungen überschatteten Präsidentenwahl 2014 – wieder mit Manipulationen zu rechnen. Von „freien, gleichen und demokratischen“ Wahlen ist schon seit Jahren nicht mehr die Rede. Selbst ihre Repräsentativität steht angesichts mangelnden Zugangs zu vielen Gebieten in Frage, was zu ethnischen Konflikten führen kann, wenn sich ganze Bevölkerungsgruppen in bestimmten Gebieten ausgeschlossen fühlen. Trotzdem muss man natürlich weltweit geltende Standards anlegen und sehen, wie weit diese Wahlen davon entfernt sind.

Angesichts der Militarisierung der afghanischen Gesellschaft, einschließlich einer Vielzahl schwer kontrollierbarer lokaler Milizen, kann man nicht ausschließen, dass etwaige Konflikte bewaffnet ausgetragen werden. Das wiederum könnte die Vorbereitung der nächsten Präsidentenwahl beeinflussen, die spätestens am 22. April 2019 stattfinden muss.

>>



&gt;&gt;

**Kompass:** *Die Taliban kontrollieren nach offiziellen Angaben wieder mindestens 14 Prozent des Landes. Knapp ein Drittel des Landes ist außerdem umkämpft. Die Taliban lehnen die afghanische Regierung und Wahlen ab. Das sind zunächst die Fakten im Land. Wie können unter solchen Bedingungen freie, gleiche und mithin demokratische Wahlen stattfinden? Greifen in solch einer Situation die westlichen Standards? Was muss aus Ihrer Sicht zumindest im Minimum gewährleistet sein? Wer soll kontrollieren?*

**Thomas Ruttig:** Wir würden ja nicht vergessen, dass es sich weitestgehend um einen Guerillakrieg handelt. Wenn die Taliban selbst in Provinzhauptstädten Regierungsbeamte besteuern – von Unternehmen, Händlern und Landbesitzern gar nicht zu reden –, ist ihr Einfluss wahrscheinlich sogar noch bedeutend stärker. Laut einer detaillierten Untersuchung der BBC vom Januar gibt es in 70 Prozent des Landes signifikante militärische Taliban-Aktivitäten.

Auch der Trend der Territorialkontrolle verläuft zu Ungunsten der Regierung,

seit 2016 hat sie etwa weitere 14 Prozent des Territoriums und 4 Prozent der Bevölkerung eingebüßt. Das ist nicht viel, aber das eigentliche Problem ist, dass der Trend bisher auch nicht mit mehr amerikanischen und anderen Soldaten umgekehrt werden konnte. Aber selbst das würde nichts helfen, wenn sich die Regierungsführung in Afghanistan nicht verbessert – ich nenne nur die Stichworte Korruption und Drogenwirtschaft. Für 2019 wird wieder eine Opium-Rekordernte erwartet. Zudem sah sich die Regierung erst kürzlich gezwungen, die offizielle Armutsrate auf 54,5 Prozent nach oben zu korrigieren, von 38 Prozent im afghanischen Jahr 2011/12. Das ist selbst höher als die 51,4 Prozent im Jahr 2003, bevor die nach dem Sturz der Taliban zunehmenden Entwicklungsgelder wirksam werden konnten. In anderen Worten: Die Armut in Afghanistan ist wieder genauso hoch wie unter den Taliban, nur dass die Kluft zwischen Armen und Reichen gewachsen ist. Denn eine dünne Oberschicht hat massiv die Wiederaufbau-Gelder abgeschöpft und außer Landes gebracht.

Was die Kontrolle der Wahlen betrifft, müssen nun die afghanische Armee, samt ihrer kleinen Luftwaffe von nur gut 40 Helikoptern und Polizei, deren Schutz übernehmen. Die ISAF-Truppen, die das noch 2014 größtenteils taten – und auch Wahlmaterial in schwierige Gebiete flogen – sind nicht mehr da; die Rolle der Truppen in der *Resolute Support*-Mission ist nun eine andere. Das Problem ist: Vor allem die afghanische Polizei gehörte 2014 und schon zuvor zu den Hauptmanipulatoren von Wahlen. Sie ist noch weitgehend von politisierten Fraktionsstrukturen durchdrungen und oft mehr lokalen Machthabern gegenüber loyal als der Regierung. Ich habe bei der letzten Parlamentswahl 2010 selbst Fälle beobachtet, in denen Polizisten Taliban-Überfälle auf Wahllokale vortäuschten, worauf alles Personal und die Beobachter abgezogen werden mussten – und wenn diese dann zurückkehrten, hatten sich auf geheimnisvolle Weise die, immerhin transparenten, Wahlurnen gefüllt.

**Kompass:** *Der Afghanistan-Einsatz hat bislang mehr als eineinhalb Jahrzehnte gedauert und schätzungsweise insgesamt etwa 1,4 Billionen Dollar verschlungen. Irgendwann stellt sich schon die Frage nach den Opportunitätskosten. Hinzu kommt, dass bislang wenig erfolgversprechende Nachrichten zu melden sind. Eher ist von zunehmenden Anschlägen die Rede. Am 1. Januar 2015 begann die NATO-Mission Resolute Support (RS) zur Ausbildung und Beratung sowie Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte. Was sind – Ihrer Meinung nach – die Voraussetzungen und Bedingungen für ein Ende des Engagements in Afghanistan? Wird es überhaupt ein Ende des westlichen Engagements in und für Afghanistan geben?*

**Thomas Ruttig:** Natürlich sind ein Großteil der 1,4 Billionen direkte Kosten für – ich sage mal – unser, also das westliche, Militär. Davon sind zwischen 2001 und 2016 nach Angaben eines jüngsten Berichts der Hilfsorganisation OXFAM und des ebenfalls renommierten Schwedischen Afghanistan-Komitees nur 61 Milliarden in wirkliche Entwicklung und Humanitäres geflossen. (Zugesagt waren in der gleichen Zeit 71 Milliarden.) Das ist immer noch eine Menge Geld. Aber die Weltbank wies schon vor ein paar Jahren darauf hin, dass es einen Unterschied zwischen *für* Afghanistan und *in* Afghanistan ausgegebenem Geld gibt, auch bei Entwicklung und Humanitärem. Was im Land bleibt, so die Weltbank 2014, waren 38 Cent von jedem Hilfsdollar, und wenn man die nichtbudgetären Sicherheitsausgaben einrechnet, sogar nur zwischen 14 und 25 Cent. Davon gehen dann noch die korrupten Abflüsse ab. Auch die Bundesregierung hat in ih-

rem letzten Afghanistan-Fortschrittsbericht 2014 zugegeben, dass man nicht sagen könne, ob die Hilfszahlungen unseres Landes für Afghanistan sich als nachhaltig erweisen werden.

Die Frage ist also nicht nach angeblich zu viel ausgegebenem Geld – auch Verschwendung hat es gegeben –, sondern nach der Effektivität unserer Hilfe. Was ein Ende des Engagements in Afghanistan betrifft, so muss man unterscheiden. Das militärische Engagement wird sicherlich früher enden, obwohl inzwischen nicht mehr von Ziel- und Abzugsdaten die Rede ist. Der von Obama angekündigte Abzug bis Ende 2014 konnte ja nicht vollständig umgesetzt werden, und im Moment erhöhen Truppensteller – darunter Deutschland – wieder die Zahl ihrer Soldaten. Was sicherlich viel länger dauern wird, ist humanitäres und entwicklungspolitisches Engagement. Das ist aber auch normal, wenn man zugibt, dass

Afghanistans auch von den Geberländern gutgeheißener Plan, bis 2024 eine Transformationsperiode zu beenden und wirtschaftlich weitgehend auf eigenen Beinen zu stehen, in diesem Zeitrahmen reine Utopie ist.

Voraussetzung für einen Truppenabzug wäre aber eine Friedenslösung für Afghanistan, die bisher nicht einmal in Ansätzen zu erkennen ist. Selbst wenn die afghanischen Streitkräfte so gut ausgebildet und ausgerüstet werden, dass sie keine größere ausländische Hilfe mehr benötigen – für diese zahlen wird Afghanistan auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte nicht können. Im Moment kosten sie wohl etwa das Doppelte des afghanischen Eigenanteils an den Staatseinnahmen. Und man müsste ja auch Krankenhäuser, Schulen und die sonstige Infrastruktur eigenfinanzieren können.

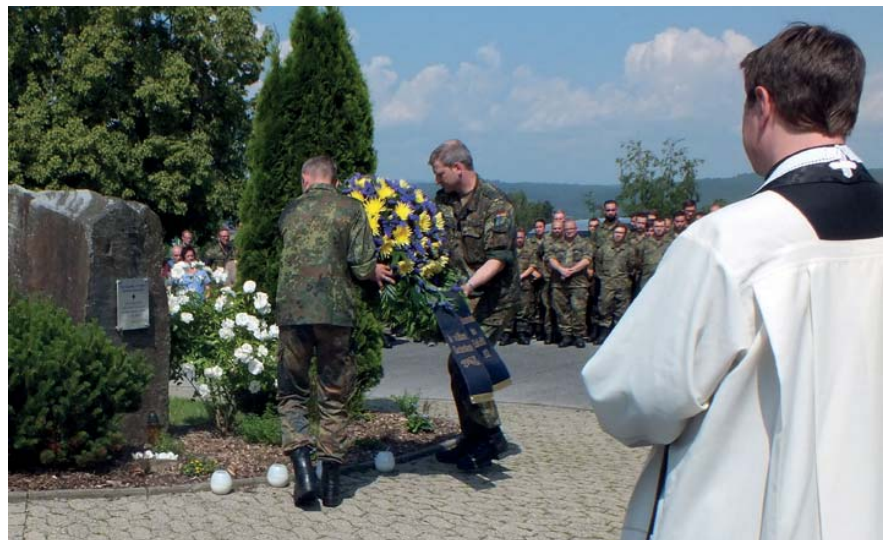
*Die Fragen stellte Josef König.*

**A**m 7. Juni 2018 wiederholte sich zum 15. Mal der Jahrestag des Anschlags auf Soldaten des ELoKa Btl 932 in Kabul, bei dem 29 Soldaten schwer- bzw. schwerstverletzt und 4 Soldaten getötet wurden.

Seit 15 Jahren ist er einer der schwersten Tage der Erinnerung und jedes Mal auch ein Tag des Abschiednehmens, so sagte es Militärpfarrer Robin Baier in der Ansprache an die etwa 400 Soldaten, die an diesem 7. Juni in der Kaserne ihren Dienst unterbrachen und an der Trauerandacht und dem Gedenken teilnahmen.

Symbolisch wurden für die 4 verstorbenen Kameraden 4 Kerzen in einer Zeit des stillen Gedenkens entzündet.

Diese Kerzen wurden von Soldaten vom Birkenkreuz zum Ehrenhain getragen und dort abgestellt. Ebenfalls wurde dort ein Kranz niedergelegt und das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ von



*Requiam aeternam dona eis, Domine*  
„Ewige Ruhe schenk ihnen, o Herr“

einem Trompeter gespielt. Salut und Ehrenbezeugung von vielen Kameraden und Angehörigen beendeten die Trauerfeier.

Im kleinen Kreis gab es dann anschließend noch eine Möglichkeit des Beisammenseins.

*Herbert Berghus*